



27. Oktober 2025

*Offener Brief an*

**Minister Carsten Schneider**, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Klimaschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN)

**Ministerin Nina Warken**, Bundesministerium für Gesundheit (BMG)

**Ministerin Katherina Reiche**, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE)

**Betreff: Gesundheitsschutz in Gefahr: Bedenken hinsichtlich des neuen EU-Gesetzespakets zu Chemikalien („6. Omnibus-Paket“) und der Verwendung von krebserregenden Stoffen in Kosmetikprodukten**

Sehr geehrter Minister Schneider,  
sehr geehrte Ministerin Warken,  
sehr geehrte Ministerin Reiche,

wir, sechs zivilgesellschaftliche Organisationen aus den Bereichen Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz, schreiben Ihnen heute in Bezug auf das Gesetzespaket zu Chemikalien, das sogenannte 6. Omnibus-Paket, welches die Europäische Kommission am 8. Juli 2025 vorgelegt hat. Wir möchten unsere große Besorgnis über die vorgeschlagenen Änderungen an der Kosmetikverordnung äußern, die eine **ernsthafte Gefahr für die menschliche Gesundheit** darstellen.

Die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Änderungen würden die grundlegenden Schutzmaßnahmen entkräften, die seit 2003 gelten und derzeit die Verwendung von krebserregenden, mutagenen und reproduktionstoxischen Stoffen (CMR) in Kosmetikprodukten grundsätzlich verbieten. Ausnahmen sind derzeit nur möglich, wenn eine gesonderte Bewertung durchgeführt wurde und strenge Anforderungen erfüllt. **Eine wie vorgeschlagen geänderte Kosmetikverordnung macht den Weg frei für nachweislich krebserregende Chemikalien in Kosmetika und für vermeidbare und langanhaltende Belastungen von Menschen.**

**Besonders gefährdet sind dabei Kinder und andere vulnerable Gruppen.** Die Health and Environment Alliance (HEAL) hat eine Analyse zu den kritischsten Punkten des 6. Omnibus-Pakets und der Verwendung von CMR-Stoffen in Kosmetikprodukten erstellt, die wir diesem Schreiben als Anhang beigefügt haben.

Darüber hinaus besorgt uns der Mangel an Transparenz und Kohärenz in den Vorschlägen der Kommission, die als „Vereinfachung“ der Verfahren im Chemikaliensektor dargestellt werden. Anstatt die Schutzvorkehrungen zu stärken, folgt das Paket offenbar einer Deregulierungslogik, die kurzfristige Interessen einzelner Industriebranchen über die menschliche Gesundheit stellt – mit enormen, langfristigen Kosten für die Gesellschaft.

**Wir fordern Sie daher eindringlich auf:**

1. jegliche Deregulierung bestehender gesetzlicher Anforderungen zum Schutz der Gesundheit und der Umwelt vor Chemikalien entschieden abzulehnen;
2. sich für die strikte Anwendung des Vorsorgeprinzips sowie für wissenschaftlich fundierte Entscheidungen im Bereich der Chemikalienregulierung einzusetzen;
3. Transparenz und öffentliche Beteiligung in Entscheidungsprozessen über Chemikalien einzufordern und auch auf nationaler Ebene zu gewährleisten;
4. sicherzustellen, dass sich Deutschland in den EU-Verhandlungen für ein hohes Maß an Gesundheits- und Umweltschutz einsetzt, wie es im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union verankert ist und damit dem Vorschlag der EU-Kommission zur Neuregelung von CMRs nicht zustimmt.

**Wir tragen eine gemeinsame Verantwortung, die Gesundheit der jetzigen *und* zukünftigen Generationen zu schützen. Deutschland hat die Möglichkeit, sich klar auf die Seite von Wissenschaft und Gesundheit zu stellen und jegliche Aufweichung von Gesetzen, die uns vor krebserregenden Stoffen in Verbraucherprodukten und vor gefährlichen Chemikalien generell schützen, zurückzuweisen.**

Mit freundlichen Grüßen,

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND)

CHEM Trust Europe e. V.

ClientEarth Deutschland

European Network for Environmental Medicine (EnvMed Network)

Health and Environment Justice Support e. V. (HEJSupport)

Women Engage for a Common Future Deutschland e. V. (WECF)